

Handelstätten, die Straßen voll Betrüblichkeit. Jetzt werden auf den Höhen außerhalb der Stadt neue Arbeiterhäuser errichtet. Also auch hier ein Zeichen des Fortschritts in der Kultur.

Die rote Armee

Die rote Armee ist eine Armee aus Arbeitern und Bauern. Es gibt keinen Kadavergehorsam. Im Dienst zwar strenge Disziplin, aber auherdienstlich die größte Kameradschaftlichkeit. Die Offiziere sind zum großen Teil Arbeiter, die Lehret zwar noch vielfach Jarosoffiziere, denen aber immer ein Arbeiter zur Ueberwachung beigegeben ist.

Unser Bericht wird in Broschürenform erscheinen. Wir wissen sehr schon, er wird genau so kritisiert werden, wie der Bericht des englischen Gewerkschaftler.

Mit einem Dank der Delegation an die Versammelten für ihre Unterstützung schloß Genosse Medner sein Ausführungen.

Kollege Grahl (parteilos):

Uns interessiert am meisten die Arbeitsbedingungen. Aus der Roterepublik der Wolgadeutschen habe ich ein deutsch gedrucktes Arbeitsgesetz mitgebracht. Die Arbeiter haben die Macht in Händen, sie haben sich diese Gesetze geschaffen. Für die Durchführung der Gesetze sorgt der Volkswahlrat, der viel mehr Rechte hat wie bei uns.

Kollege Grahl bestätigt die Ausführungen, die Medner über Arbeitszeit, Arbeitslohn und Sozialfürsorge gemacht hat. Er bestätigt, daß auch er in den Gefängnissen, die er besucht hat, gefunden hat, daß die Behandlung der Gefangenen sehr erträglich ist. Vor allen Dingen erklärt er, daß es Justizhäuser, wie bei uns in Deutschland, nicht gibt. In den Gefängnissen können die Frauen ihre Männer besuchen. Im Gefängnis verweigerten die Menschewilken Delegierten die Auskunft über die Art ihrer Vergehen. Die Delegierten gewannen dadurch den Eindruck, daß es sich nicht um einfache politische Vergehen handeln könne. Besonders schätzte Kollege Grahl die Verhältnisse in der Republik der Wolgadeutschen.

Die Deutschen sind dort 1740 eingewandert. Man erloschte von ihnen in russischen Regierungskreisen die Sebung des Anreues der russischen Bauern. Bald jedoch wendete man sich gegen sie und drangalierte sie mit allen Mitteln. 1917 sollte ihre Ausweisung erfolgen. Die Deutschen schlossen sich dann auch sofort der Revolution der Bolschewiki an. Sie haben eine selbständige lebensfähige Republik. Vor einigen Jahren plügte hier der Hunger gewaltig. Die Bolschewiki haben alles getan, ihnen zu helfen. Deswegen gehen die deutschen Bauern jetzt zur bolschewistischen Regierung.

Kollege Graue, Freiberg:

berichtet über seine Reise nach der Arim. Auch er unterstreicht die Ausführungen seiner Vorgesetzten im wesentlichen noch einmal. Er gibt eine Schilderung über die Arbeit in den Blatinfeldern und in den Glasfabriken. Er erklärt, in der Arim, in den früheren Jaroschloßern, in Erholungsheimen der Bourgeoisie, sind jetzt die Arbeiter untergebracht. Hier herrscht die größte Sauberkeit, die beste Erholungsmöglichkeit für die Arbeiter. Auch er gibt eine Schilderung über den Besuch eines Säuglingsheims, die eine Bestätigung der Ausführungen des Vorgesetzten darstellt.

Als letzter spricht Genosse Vogelgesang, SPD.

Wegen Heiserkeit muß er seine Ausführungen sehr beschränken. Er zeigt den Eindruck, den die Delegation von der Messe in Nishniznowgorod, die die Leipziger Messe erreicht, hatte. Man habe hier den gewaltigen Handelsverkehr, den Export und Import der Sowjetregierung studieren können. In einem Gespräch mit dem Präsidenten der Messe habe dieser gezeigt, daß man, um Kredite zu erhalten, sich an die alte Form halten müsse, daß diese aber mit neuem Inhalt gefüllt sei. Ein weiteres Bild entwarf Kollege Vogelgesang über die Kunstliebe in Rußland. Insbesondere habe sich die Delegation interessiert für die Werke, die Heim- und Grabstätte Tolstois. Sämtliche Kulturstätten seien erhalten und gepflegt. Weiter stellt Vogelgesang noch fest, es sei ihm gesagt worden, in Jreital soll der sozialdemokratische Sekretär gefügt haben, er habe in einer Sitzung erklärt, er möchte unter keinen Umständen in Rußland bleiben. Diese Darstellung sei nicht richtig.

Die Ausführungen der Delegierten wurden von der Versammlung mit förmlichem Beifall aufgenommen. Die Delegierten beantworteten noch eine Anzahl aus der Versammlung gestellter Fragen, auf die wir später noch eingehen werden.

Mit dem Gesang des Rotgardistenmarsches, der vom Tambourzug des Roten Frontkämpferbundes mitgespielt wurde, schloß die imposante Kundgebung.

Streik in der chemischen Industrie

Am 26. August ist das Lohnabkommen für die chemische Industrie Section in Jreital Sachsen, das einen Spitzenlohn für ungelernete Arbeiter von 84 Pf. pro Stunde vorsah, abgelaufen. Der Verband der Fabrikarbeiter Gau 7 hatte bereits am 27. Juli dem Arbeitgeberverband auf Drängen der einzelnen Betriebsräte und Jreitalstellen die Forderung auf Gewährung einer Teuerungszulage von 20 Prozent auf die völlig unzureichenden Löhne des alten Vertrages unterbreitet. Diese außerst bescheidene Forderung als Ausgleich für die während der Vertragsdauer rapid gestiegenen Lebenshaltungskosten wurden von dem Arbeitgeberverband der chemischen Industrie mit der scheinbaren Begründung abgelehnt, daß durch solche außerordentliche Zulagen eine „Rechtsunsicherheit“ geschaffen würde, die ein Vertragsverhältnis erschwere. Der Arbeitgeberverband lehnte eine solche Stellungnahme zu dieser Forderung von vornherein rundweg ab. Diese Provokation der Unternehmer bewog die Arbeiter mit der Kündigung des alten Vertrages zum nächsten zulässigen Termin am 26. August und forderten den Abschluß eines neuen Vertrages eine Erhöhung der Stundenlöhne um 20 Prozent. Mit dieser allgemeinen Forderung verbunden ist gleichzeitig die Forderung, die Altersgrenze für den Spitzenlohn von 21 auf 25 Jahre herabzusetzen und die Spanne der einzelnen Lohnstufen zueinander auf nicht mehr als 3 Pf. herabzumindern. Die mit dem Arbeitgeberverband stattgefundenen Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis, da die Unternehmer jede Konzession mit der Begründung ablehnten, daß weitere Lohnzulagen die Preissteigerungen der Regierung durchdringen und daß jede auch noch so geringe Lohnherabsetzung von den Unternehmungen nicht getragen werden könne. Auch die letzte Tarifkommission, der Zentralarbeitsauschuss in Berlin, konnte in letzter Sitzung am 26. August zu keinem Ergebnis kommen. Die Unternehmer forderten, beizubehalten wie eben nur Arbeiterkraft.

die chemischen Industriellen sind, den Abschluß eines neuen Vertrages bis mit 31. März 1923. Auf Neben Monate hinaus sollten sich die Arbeiter der chemischen Industrie festlegen, ohne von vornherein zu wissen, wie ihr Lohn ausfallen würde, und ohne die Möglichkeit zu haben, weitere Verschlechterungen der Lebenshaltung irgendwas durch Lohnherabsetzungen ausgleichen zu können. Erst dann wollten die Arbeitgeber sich gnädig herablassen, nochmals mit ihren Vätern über eine „eventuell zu gewählende bescheidene Vorkonzession“ zu reden. Die Arbeitnehmer sind natürlich auf dieses freche und plumpe Verlangen der Unternehmer nicht eingegangen. Die Arbeiter der verschiedensten chemischen Betriebe haben darauf die Arbeit eingestellt und den Unternehmern so geantwortet, wie es ihnen gebührte. In Leipzig befinden sich ca. 2000 Arbeiter im Streik. Ihnen haben sich etwa 1000 Arbeiter der Jreitaler Freiberger angeschloßen und nunmehr auch die Arbeiterbelegschaften in Dresden. Die Arbeitgeber der chemischen Industrie versuchen mit allen Mitteln die Arbeiter vom offenen Kampf abzuhalten. Zum Teil versucht man mit Lohnvorschüssen oder mit dem Hinweis, die Organisations hätten die Lohnbewegung bis zum Oktober vertagt, Verwirrung in die Reihen der Arbeiter zu tragen.

Die Arbeiter der chemischen Industrie dürfen sich von diesen Manövern nicht einlassen lassen, sondern müssen sich sofort mit den kämpfenden Arbeitern solidarisch erklären, wenn sie menschenwürdige Löhne für ihre schwere und gesundheitschädliche Arbeit erreichen wollen. Der Kampf muß auf das gesamte Vertragsgebiet erweitert werden. Nur so wird es möglich sein, die Unternehmer zu zwingen, von ihren frechen Forderungen Abstand zu nehmen und die gestellten Forderungen durchzusetzen. Das Verhalten der Unternehmer aber sollte jedem Arbeiter der chemischen Industrie erneut zum Bewußtsein bringen, daß es nur durch gemeinschaftliche Geschlossenheit möglich ist, bessere Lebensbedingungen zu erkämpfen. Deshalb muß es in allen Betrieben der chemischen Industrie die Aufgabe aller Klassenbewußten Arbeiter sein, alle Kollegen ihrer zuständigen Gewerkschaft zuzuführen und sie einzugliedern in die Reihen des Fabrikarbeiterverbandes.

Schiedspruch beim Chemiarbeiterstreik

In der am Dienstag vor dem sächsischen Arbeitsministerium stattgefundenen Verhandlung wegen des Lohnstreites in der chemischen Industrie III, wie uns heute morgen mitgeteilt wird, eine Verständigung zustande gekommen, nach der eine Zulage von 7 Pf. auf den Spitzenlohn erfolgt und der sich demnach von 64 auf 71 Pf. erhöht. Das Lohnabkommen läuft bis Ende Dezember 1923. Wir werden später näher auf diesen Abschluß der Streikbewegung eingehen.

Die Gewerkschaftsvereine trafen heute, um den Kampf abzubrechen, in Betriebsversammlungen der einzelnen Betriebe den Schiedspruch zur Annahme empfohlen.

Reichswehrmanöver in Sachsen

Eine schwarz-weiß-rote Provokation

Die Reichswehr veranstaltet dieses Jahr den größten Manöverstapel seit ihrem Bestehen. Erst vor wenigen Tagen hat bekanntlich ein Kavallerist in der Weiser den Tod gefunden, weil ein Vorgesetzter bei den dortigen Manövern den unfürsorglichen Befehl gab, die Weiser an einer gefährlichen Stelle zu durchschreiten. Die Mannschaften werden in den diesjährigen Manövern ganz nach altem preussischen Kommissystem gestrichelt und gedrillt. Die Bourgeois-Offiziere, die sich zu ihrem größten Vergnügen noch nicht wieder durch Feldentaten gegenüber der Zivilbevölkerung in irgendeiner Gegend auszeichnen können, lassen inzwischen ihre Macht den Reichswehrsoldaten fühlen.

Die Manöver sind aber nicht nur eine verwerfliche Rechenquälerel, sondern auch eine unerhörte Provokation der Arbeiterschaft. Auf allen Gebieten wird die Steuerherrschaft angezogen, durch Zölle werden Lebensmittel verteuert, alle Lohnforderungen werden brüst abgelehnt. Für die dringendsten sozialen Aufgaben ist kein Geld vorhanden. Die Regierung unternimmt so gut wie nichts gegen die Lohnauseinandersetzung, die bereits viele Opfer gefordert hat. Aus angeblichem Mangel an Geld wird der dringend notwendige Wohnungsbau vernachlässigt. Auf dem Gebiete des Schulwesens ist es genau so. Für die Reichswehrmanöver großen Stils sind jedoch reichlich Geldmittel vorhanden.

Die Manöver der 4. Reichswehrrdivision finden Ende September im sächsischen Erzgebirge statt. An diesen Manövern nehmen der Chef der Heeresleitung, General Seel, und der Reichswehrminister Götler persönlich teil. Seel wird in Annaberg i. Erzg. Quartier nehmen und sich später gemeinsam mit Götler in Freiberg i. Sa. treffen. Annaberg ist bekannt als Mittelpunkt der schwarzen Reichswehr in Sachsen. In Freiberg wurden bei der Reichswehr-Exzelsive am 27. Oktober 1923 durch gemischte Formationen von Freiwilligen und Reichswehr 27 Arbeiter erschossen und über 40 verwundet. Die Freiburger Arbeiter werden also die Reichswehr besonders enthusiastisch begrüßen.

Der „Vorwärts“ bemerkt zum Reichswehrtag in Freiberg, daß dort „durch ein dummes Mißverständnis vor zwei Jahren zwanzig Menschen von der Reichswehr vom Leben zum Tode befördert worden sind“. Die sozialdemokratischen Führer haben alle Ursache, die Reichswehr auf diese Weise in Schutz zu nehmen. Waren es doch Ebert und Seelmann, die im Einzelschritt mit den übrigen zwei sozialdemokratischen Reichswehrrätern Dillring und Schmidt die Reichswehrexzelsive gegen Sachsen anordneten. Für die verrichtete Arbeit hat Ebert der Reichswehr noch nachträglich seinen Dank abgesehen. Wenn heute der „Vorwärts“ sich in lokaler Opposition gegen den sozialistischen Feldmarschall und Präsidenten der Republik gefällt und damit die Arbeiter über die wahre Rolle der SPD, täuschen will, dann soll auch daran erinnert werden, daß die sozialdemokratische Reichswehrexzelsive den Reichswehrtag bis zum letzten Pfennig reiflos bewilligt hat. Die Manöver und die damit verbundenen Ausgaben finden also mit absoluter Billigung der sozialdemokratischen Führer statt, denn sie haben die Ausgaben im Reichstag bewilligt.

Die Ermordung der Freiburger Arbeiter im Oktober 1923 geschah nicht wegen eines „dummen Mißverständnisses“, sondern sie wurde von den Führern der Reichswehr bemußt herbeigeführt. Das steht allemächtig fest.

Es blieb wieder einmal dem „Vorwärts“ vorbehalten, die argsten Feinde der Arbeiterschaft in Schutz zu nehmen. Die sächsischen Arbeiter werden bei dem Anblick der Reichswehrexzelsive und der ordnungsgemäßen Reichswehrrührer an die glorreiche Reichswehrexzelsive von Ebert und Seelmann auf neue erinnert werden. Und die Kommunisten werden dafür sorgen, daß die Schuld der sozialdemokratischen Führer an den gegenwärtigen Zuständen der sozialdemokratischen Arbeiter unauflöslich ins Gedächtnis gebrannt wird. Die Wahl der Manövergebiete zeigt übrigens der Arbeiterschaft recht deutlich, daß die Reichswehr von der deutschen Bourgeoisie heute nicht als eine Truppe zur Landesverteidigung ausgebildet wird, sondern als eine Kampforganisation gegen den „inneren Feind“.

Gewerkschaftstongress in England

London, 8. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Der britische Gewerkschaftstongress in Scarborough wurde gestern durch eine Rede des Präsidenten des Generalrates Soles eröffnet. Aus seinem Redebericht über die Tätigkeit der Trade Union: Im letzten Jahre hat die gewerkschaftliche und soziale Lage sich weiter verschlechtert. Demgegenüber haben seit dem Jahre 1920 sich die Gewerkschaften aus der großen Krise wieder zu geluktem Leben entwickelt. Die Unternehmer, die der Meinung sind, daß sie die organisierte Arbeiterkraft noch mehr herabziehen können, sollen sich sagen lassen: Die Solidarität der Gewerkschaftsbewegung bei einem Konflikt mit den Bergarbeitern läßt Hoffnungen inbezug auf die englische Gewerkschaftsbewegung zu. Es gibt eine Grenze der Konzessionen, die die Trade Union zu machen gezwungen waren. Diese Grenze ist erreicht. Wir müssen das verlorene Terrain zurückgewinnen, die alten Löhne wieder erobern und Verbesserungen und Reformen hinsichtlich der Arbeitsdauer und Arbeitsbedingungen zu erreichen versuchen. Der Generalrat muß erfolgreiche Maßnahmen treffen die Entscheidungen durchzuführen, damit sie nicht durch eine Minderheit unmöglich gemacht werden können. Hinsichtlich der Beziehungen zum Ausland führte Soles aus: Die konservative Regierung sollte, anstatt mit Sowjets zu verhandeln, sich bemühen, Kredite zu beschaffen, um den Handel mit ihnen zu fördern. — Was China angeht, so können wir uns nur freuen über die Erfolge der chinesischen Arbeiter gegen die demütigenden Arbeitsbedingungen. Es ist wichtig, daß zwischen unserer Arbeiterbewegung in den verschiedensten Trade Unions der ganzen Welt freundschaftliche Beziehungen angeknüpft werden. Die Sitzung schloß um 5 Uhr.

Starker Zusammenstoß mit der Opposition

London, 8. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Auf dem britischen Gewerkschaftstongress in Scarborough kam es gestern zu einer heftigen Debatte über die Nachbegründung des Vollzugsrats, besonders in der Frage, ob derselbe irgendeine Gewerkschaft in einem Streik rufen oder sogar einen Generalstreik organisieren könne. Der frühere Minister der MacDonald-Regierung Thomas, von der Eisenbahngewerkschaft, bestritt dies und leitete die Opposition. Darauf wurde die Abstimmung vertagt, um dem Generalrat Gelegenheit zu geben, mit den einzelnen Gewerkschaften, die sich Thomas angeschloßen haben, Fühlung zu nehmen.

Der Bund der Imperialisten

Die Versuche der europäischen Imperialisten, zu einer gemeinsamen Front gegen Sowjetrußland zu kommen, sind bis jetzt immer an den inneren Widersprüchen der kapitalistischen Interessen gescheitert. Die Frage des sogenannten Sicherheitspactes hat zwar schon viele Zeitungsblätter und lange Reden auf beiden Seiten geführt, zu einem Abschluß sind die Verhandlungen aber nicht zu bringen. Es ist den Kapitalisten nicht leicht, den gemeinsamen Aufmarsch gegen Rußland vorzubereiten. Daß doch schon allein der Bestand der Sowjetrepublik genügt, um die kapitalistischen Raubritzen in ihrem Leben zu bedrohen, werden die Versuche ständig fortgesetzt werden.

Jetzt soll auf den Rücken der Juristenkonferenz die Frage des Sicherheitspactes erneut verhandelt werden. Die amtlichen Telegraphenstellen verbreiten in allen Ländern Mitteilungen, nach denen man sich mit der Einberufung einer großen Ministerkonferenz zur Besprechung der Sicherheitspactfrage befaßt. Die neue Eile, mit dem Sicherheitspact zu kommen, dürfte nicht wenig auf die überall steigende Sympathie der Arbeiter für Sowjetrußland und die rapid fortschreitende Kapitalflucht der englischen Gewerkschaften zurückzuführen sein.

Die Arbeiter können natürlich diesen neuen Verleumdungen der Kapitalisten nicht tatenlos zusehen. Auch die deutschen Arbeiter müssen auf die Verleumdung zur Herstellung einer Front gegen Rußland mit verstärkten Kundgebungen und härterem Kampf um die Einheitsfront der Gewerkschaften antworten.

Polnischer Terror gegen die KJ.

100 Jungfunktionäre verhaftet
Warschau, 9. September. (Eigener Drahtbericht.) Da sich der Parteiarbeit der weißen Regierung die Tätigkeit der kommunistischen Partei und der kommunistischen Jugend verboten angebrochen weitergeht, glaubte die Polizei einen besonderen Schlag gegen den internationalen Jugendtag führen zu müssen. Um die geplanten Demonstrationen zu verhindern, wurden in der Nacht zum Sonntag eine große Anzahl Jungfunktionäre verhaftet und über 100 Funktionäre der Jugend verhaftet.

Schwere Niederlage der Spanier

Den ersten Landungsversuch der Spanier, der nach intensiver Bombardement durch die spanisch-französische Flotte in der Alhucemas-Bucht am Montag früh unternommen wurde, unterbanden die Kistablen durch ein scharfes Gegenfeuer. Die ersten 2000 Mann mußten in wilder Panik und unter schwerem Verlusten in die Boote flüchten. Des Admiralschiff, auf dem sich General Primo de Rivera befand, wurde durch eine Bombe getroffen, worauf der Piloten es vorzog, schnellig in eine weniger gefährliche Zone zu flüchten.

Auch an der spanischen Westküste hat Abd el Krim Erfolge zu verzeichnen. Er unternimmt jetzt heftige Gegenangriffe. Bei Beni Karrich drängte er die Spanier weiter zurück, und weiter nördlich liegt er nur zwanzig Kilometer von Tanger und drei Kilometer von Tetuan entfernt. Die Rijs haben die Eisenbahn Ceuta-Tetuan angegriffen. Der Postagierverkehr ist stillgelegt.

Neue schwere Zusammenstöße in Shanghai

Shanghai, 8. September. (Eigener Drahtbericht.) Nach einer englischen Meldung aus Shanghai, die aber, da sie über das Londoner Kabel ging, in ihren Einzelheiten noch nicht geprüft werden muß, hat die Polizei gestern abend in Shanghai von neuem ein Blutbad unter den Streikenden angerichtet. Als eine riesige Demonstration von Arbeitern, ungefähr 20 000, unter Vorantragung von roten Fahnen und Transparenten, die die Ueberchrift trugen: „Nieder mit dem imperialistischen Krieg!“, „Nieder mit England!“, „Nieder mit Japan!“, an der Fremdenniederlassung vorbeimarschierten, kam es zu Zusammenstößen. Die Polizei drängte, die Menge zurück und jenseitig in die Menge hinein. Mehrere Demonstranten wurden schwer verletzt. Ein Arbeiter wurde getötet.

Holt Propaganda-Nummern!

Betriebe, welche noch Propaganda-Exemplare der heutigen Nummer wünschen, können dieselben in der Expedition abholen.

Auf zum Roten Werbetag nach Bauken am 12. u. 13. September